

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Preis pro Nummer 10 Pf.

ersch. wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend frühzeitig zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren. Die Spangenberg Zeitung ist eine der besten Quellen für die Kenntnis der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lage des Reiches. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechsgepaltenen 10mm hohe (Bett-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Die Einzelhefte für 10 Pf. Die Anzeigen werden in der Spangenberg Zeitung veröffentlicht. Die Anzeigen werden in der Spangenberg Zeitung veröffentlicht. Die Anzeigen werden in der Spangenberg Zeitung veröffentlicht.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 27

Donnerstag, den 2. März 1933

26. Jahrgang.

## Schwere Strafen gegen Verräter

Erhebliche Verschärfung der Vorschriften — Das bisherige Untersuchungsergebnis im Reichstag  
Weitere Täter gefast?

### Die Schutzmaßnahmen

Berlin, 2. März.

Wenn die nach dem Brand im Reichstag in Kraft geordnete Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat wichtige Grundzüge der Verfassung außer Kraft setzt, nämlich weitgehende Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung und des Vereins- und Versammlungsrechts vornimmt, sowie ferner den Polizeibehörden erweiterte Vollmachten für Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen sowie für die Verhängung der Todesstrafe gewährt und gleichzeitig die Anwendung der Todesstrafe erweitert und die Strafe der Vermögensentziehung einführt, dann zeigen alle diese Maßnahmen, wie ernst die Reichsregierung die Gefahren bewertet, die dem deutschen Staat und dem deutschen Volke drohen.

Angesichts der scharfen Maßnahmen, die sogleich nach dem Verbrechen im Reichstage in Preußen durchgeführt worden sind, befürchtet man hier, daß die Zentrale für die Bekämpfung von Terroristen dieser Art sogleich von Berlin fortbewegt werden wird. Gefahren, die hieraus entstehen könnten, sind durch die Maßnahmen der Reichsregierung vermieden worden. Die Reichsregierung ist in der Lage, die Gefahren zu beseitigen, die dem Reich und dem deutschen Volk drohen. Die Reichsregierung ist in der Lage, die Gefahren zu beseitigen, die dem Reich und dem deutschen Volk drohen. Die Reichsregierung ist in der Lage, die Gefahren zu beseitigen, die dem Reich und dem deutschen Volk drohen.

Anzuwiesen ist nach dem scharfen Zugriff der Polizei die Ruhe wieder eingekehrt; damit hängt alles Weitere davon ab, ob es bei dieser Ruhe verbleiben wird oder ob nachmals Unruhe wieder ausbrechen wird. In den Kreisen der Reichsregierung hält man nach wie vor größte Wachsamkeit für geboten und befürchtet wohl auch, daß ähnlich wie im Reichswehrministerium sich auch in anderen Behörden unterirdische Verschwörungen befinden, die kommunistischen Terrorgruppen als Unterstufen dienen. Daß von den Geheuten eine größere Anzahl in das Ausland entkommen ist, ist wohl kaum anzunehmen, wenn gleich im Einzelfalle diese Flucht geglättet ist, wie die Ankunft der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Reele in Kopenhagen beweist.

Sollte so der Schwerpunkt des kommunistischen Kampfes gegen die deutsche Staats- und Gesellschaftsordnung von Berlin bereits in das Ausland verlegt worden sein, dann sind Maßnahmen auch hier Vorkehrungen vorbereitet worden. Das bedeutet, daß abgesehen von den Kommunisten selbst auch diejenigen die Schärfe der neuen Verordnung zu spüren bekommen werden, die mit Kommunisten zusammenarbeiten oder staatsgefährliche Kämpfe unterstützen.

Was die Schärfe der neuen Verordnung betrifft, tritt sie in den Strafbestimmungen augenfällig in Erscheinung. Danach wird schon die Zuwiderhandlung oder die Aufforderung zur Zuwiderhandlung gegen die Durchführungsbestimmungen der Verordnung mit Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe bis zu 15.000 Mark bestraft. Bei Zuwiderhandlung oder Verstoß gegen die Bestimmungen der Verordnung wird Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe bis zu 15.000 Mark bestraft. Bei Zuwiderhandlung oder Verstoß gegen die Bestimmungen der Verordnung wird Gefängnis nicht unter einem Monat oder mit Geldstrafe bis zu 15.000 Mark bestraft.

Die Todesstrafe steht in Zukunft auch auf Verbrechen des Hochverrats, der Giftbringung, der Brandstiftung, der Verurteilung von Explosionen und Ueberführungen, der Beschädigung von Eisenbahnanlagen und auf gemeingefährlichen Verfassungen, soweit diese Delikte nach dem Strafgesetzbuch mit lebenslangem Zuchthaus zu bestrafen waren. Mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus bzw. mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren soll der Täter bestraft werden, der es unternimmt, den Reichspräsidenten, ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichs- oder eines Landesregierung zu töten, ferner wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet. Danach wird also nicht nur der Versuch selbst, sondern auch schon die Vorbereitung der Tötung mit dieser Strafe belegt. Von Bedeutung ist weiter, daß auch die Freiheitsberaubung, wenn sie der Beschaffung von Geldern dient, mit der Todes- oder mit Zuchthausstrafe bedroht ist.

Gleichzeitig sind auch die Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volk veröffentlicht worden. Im ersten Abschnitt bringt

diese Verordnung eine Verschärfung der Vorschriften gegen Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse, und zwar werden schwerer Verrat militärischer Geheimnisse in Zukunft mit dem Tode, Landesverrat nach § 92, Absatz 1, StGB und die Auspöhlung militärischer Geheimnisse mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft. Nach § 2 wird die Verfallung von Gegenständen, deren Geheimhaltung für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft, wenn diese Gegenstände einer ausländischen Macht zugesandt werden. Ebenso wird bestraft, wer falsche Nachrichten über geheime Gegenstände dem Auslande mitteilt oder sie sich beschafft. § 3 sieht vor, daß mit Gefängnis bestraft wird, wer echte oder falsche Nachrichten, deren Geheimhaltung für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, dem Auslande mitteilt, bevor diese dem Auslande mitgeteilt oder öffentlich bekannt gemacht sind, wenn dadurch das Wohl des Reiches gefährdet wird.

Im zweiten Abschnitt werden die Strafen für hochverräterische Untriebe verschärft. Danach wird mit Zuchthaus bedroht, wer Hochverrat in der Absicht begeht, die Reichswehr oder die Polizei zur Erfüllung ihrer Pflichten untauglich zu machen. Wer eine Druckschrift herstellt, verbreitet oder vorrätig hält, deren Inhalt hochverräterisch ist, oder zu einem Streik in lebenswichtigen Betrieben, Generalstreik oder Massenstreik auffordert, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Der dritte Abschnitt der Verordnung regelt sodann gewisse Zuständigkeiten der Gerichte neu.

### Schutz gegen Verrat

Die Verordnung des Reichspräsidenten veröffentlicht.

Berlin, 2. März.

Die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volk und hochverräterische Untriebe vom 28. Februar 1933 ist jetzt im Wortlaut veröffentlicht worden. Die Verordnung zerfällt in drei Abschnitte. Im ersten Abschnitt sieht sie eine Verschärfung der Vorschriften gegen Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse vor. Im zweiten Abschnitt werden die Strafen für hochverräterische Untriebe verschärft. Der dritte Abschnitt der Verordnung regelt sodann gewisse Zuständigkeiten der Gerichte neu.

### Strafverschärfung

Der erste Abschnitt enthält eine Verschärfung der Vorschriften gegen Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse.

Für schweren Verrat militärischer Geheimnisse (§ 1 Absatz 3 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse) ist Todesstrafe angedroht, für Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse Todesstrafe oder lebenslanges Zuchthaus; bei Auspöhlung militärischer Geheimnisse Todesstrafe, lebenslanges Zuchthaus oder Zuchthaus bis zu 15 Jahren.

Wer durch Fälschung oder Verfälschung Gegenstände, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Falle der Echtheit für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, in der Absicht herstellt, sie einer ausländischen Regierung bekannt zu machen oder öffentlich mitzuteilen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer Gegenstände oder Nachrichten, von denen er weiß, daß sie falsch sind, und deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Falle der Echtheit oder Wahrheit für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, der ausländischen Regierung bekannt macht oder öffentlich mitteilt, ohne sie als falsch zu bezeichnen.

Wer sich Gegenstände der bezeichneten Art in der Absicht verschafft, sie einer ausländischen Regierung bekannt zu machen oder öffentlich mitzuteilen, ohne sie als falsch zu bezeichnen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Wer Gegenstände oder Nachrichten, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, wenn sie nicht bereits der ausländischen Regierung bekannt oder öffentlich mitgeteilt worden wäre, öffentlich mitteilt oder erörtert und dadurch das Wohl des Reiches gefährdet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Es macht keinen Unterschied, ob die Gegenstände oder Nachrichten echt oder falsch, wahr oder unwahr sind.

Die Tat wird nur auf Antrag der Reichsregierung verfolgt.

### Gegen hochverräterische Untriebe

Der zweite Abschnitt befaßt sich mit der Bekämpfung

Ist bei einem Hochverrat die Tat darauf gerichtet, die Reichswehr oder die Polizei zur Erfüllung ihrer Pflicht untauglich zu machen, das Deutsche Reich und seine Länder gegen Angriffe auf ihren äußeren oder inneren Bestand zu schützen, so ist auf die in den §§ 81—86 des Str.G.B. angeordnete Zuchthausstrafe zu erkennen.

Wer eine Druckschrift, deren Inhalt durch Aufforderung oder Anreizung zum gewalttätigen Kampf gegen die Staatsgewalt oder zu dessen Vorbereitung oder durch Aufforderung oder Anreizung zu einem hochverräterischen Betreiben, Generalstreik oder anderen Massenstreik oder in anderer Weise den Tatbestand des Hochverrats (§§ 81—86 des Str.G.B.) begründet, herstellt, verbreitet oder zum Zwecke der Verbreitung vorrätig hält, obwohl er bei sorgfältiger Prüfung der Schrift den strafbaren Inhalt hätte erkennen können, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft (§ 6).

### Die Zuständigkeit der Gerichte

Im dritten Abschnitt (Vorschriften über Zuständigkeit und Strafverfahren) wird bestimmt, daß in den zur Zuständigkeit des Reichsgerichtes gehörenden Strafsachen, die in vorbereiteten Verfahren dem Amtsrichter obliegenden Geschäfte auch durch einen oder mehrere besondere Ermittlungsrichter des Reichsgerichtes vorgenommen werden können.

Ist eine Druckschrift beschlagnahmt worden, weil der Inhalt der Schrift den Tatbestand einer zur Zuständigkeit des Reichsgerichtes gehörenden Strafsache begründet, so hat, wenn ein Ermittlungsrichter des Reichsgerichtes bestellt ist, dieser über die Befristung oder Aufhebung der vorläufigen Beschlagnahme an Stelle des Amtsrichters zu entscheiden. Die Entscheidung muß unverzüglich herbeigeführt werden. Gegen den Beschluß des Ermittlungsrichters, der die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, steht dem Oberreichsanwalt die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zu.

§ 6 (der die Druckschriften betrifft) dieser Verordnung tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft. Im übrigen tritt die Verordnung mit dem vierten Tage nach der Verkündung in Kraft.

### Die Polizeiaktion im Reich

Zahlreiche Verhaftungen. — Angeheuer Mengen von illegalem Material sichergestellt.

In Verfolg der polizeilichen Maßnahmen wurden in Berlin im Verlauf der Nacht zu Mittwoch insgesamt 300 Verhaftungen der KPD, geschlossen. Bei dieser Aktion sind etwa 200 Personen festgenommen worden, die hauptsächlich der KPD angehören. Einen besonderen Fang machte die Polizei bei der Durchsuchung eines Lokals in der Kollntheater Straße im Norden der Stadt. Hier wurden allein 30 Ausländer festgenommen, die eine Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland nicht vorweisen konnten. In Breslau und bei der Durchsuchung der Wohnungen von Angehörigen regierungseindlicher Parteien etwa

120 Zentner illegales Material wurde gefunden worden. Festgenommen wurden bisher 18 führende Personen dieser Organisationen, darunter auch der Führer der KPD in Breslau, Rechtsanwalt Götting, und der Reichsbannerführer, Rektor Herrmann. Weitere Festnahmen und Beschlagnahmen erfolgten in Rassel, Düsseldorf, Essen, Dortmund, Gagen, Münster, Bielefeld, Leer und zahlreichen anderen Orten. In Erfurt wurden über eine Million Flugblätter mit teilweise hochverräterischem Inhalt beschlagnahmt. In mehreren Stellen konnten auch Waffen, u. a. Pistolen, Gasmasken und Seitengewehre, sichergestellt werden. In einem Hinterhaus wurde ein illegales Büro der KPD ausgedeckt. Hierbei wurde das gesamte Material für den ganzen Bezirk Groß-Hüringen sowie eine Geheimdruckerei beschlagnahmt.

### Alle Länder schließen sich an

Im Zusammenhang mit den Vorgängen in Preußen wurden auch in Thüringen eine Reihe von kommunistischen Funktionären verhaftet. Das Fraktionszimmer der kommunistischen Fraktion im Weimarer Landtagsgebäude wurde nach der Durchsuchung verriegelt. Gleichzeitg wurde in ganz Thüringen die Hilfspolizei eingesetzt, die sich aus M-Leuten und Stahlhelmen zusammensetzt. In Apolda konnte die politische Polizei überausend eine kommunistische Druckerei ausheben, und zahlreiche Schriftmaterial verbotenen Inhalts beschlagnahmen. In Friedrichroda, Rudolstadt, Saalfeld und Getha wurden zahlreiche kommunistische Funktionäre, Stadtratsmitglieder, Landtagsabgeordnete und Betriebsratsmitglieder festgenommen. Das thüringische Innenministerium hat die Polizeibehörden angewiesen, sämtliche Flugblätter, Klasten, Druckschriften und ähnliche Druckschriften







Spangenberg, den 2. März 1933.

## Lenzmonat

Soor ist es noch recht winterlich, aber unsere Hoffnungen auf Frühling, Sonne und Wärme sind neu belebt, denn Lenzmonat und Frühlingstünder, der Erneuerer der Natur, hat sein Regiment angetreten. Er soll uns hinausführen von den Fesseln des Winters. Daher feierte man früher allenthalben im Lenzmonat die Vertreibung des Winters und begrüßte zugleich den wiedererwachenden Frühling. Auch am Sonntag Gaetere wurden nach Winter- und Sommeropfer abgehalten, die stets mit der Niederlage des Winters ihren Tagesschluss fanden. Mit Freuden nimmt man den Einbruch des Tageslichts wahr. Der Tag wächst im Laufe des März um fast zwei Stunden. Wenn Schnee und Eis vor den warmen belebenden Strahlen der Märzsonne verschwinden, steigt würziger Erdduft vom Boden auf, und von arbeitsbaren, festen Händen werden Pflug und Sense über die Felder geführt. Bald werden sich Krokus und Schneeglöckchen zeigen. Vereinzelt sind schon die ersten Schneeglöckchen, und viele der gesiedelten nordischen Schneeglöckchen, die sich bei uns aufhalten haben, beginnen im März auszufliegen. Der Landmann, dem der März Arbeit in den Händen bringt, wünscht sich den Monat weiter zu ziehen und seinen Schnee, denn eine alte Bauernregel lautet: „Wer im März Schnee hat, der hat im Sommer Regen.“ Und auch wir werden gern darauf verzichten, so sehr wir uns auch über den Nachwinter in den letzten Wochen freuen haben, der uns endlich auch im Flachlande den Schnee bescherte, den wir zu Weihnachten vermischten. Aber jetzt ist März, der Lenzmonat mit verstärkter Kraft gewekt, und wenn erst der letzte Schnee verschwunden ist, dann wollen wir frohen Herzens dem jungen Frühling entgegengehen.

**X Kino.** Im Gegenzug zu dem ergreifenden Film „Der letzte Kampf“ ist für diese Woche ein Film vorgelesen, der die Lachmühle in Anspruch nimmt. Über den Film „Der letzte Kampf“: Dieser Militärschwank ist noch weitgehend so, als die meilenlange Reihe seiner Vorgänger. Der Stolz der dritten Kompanie wird den Schreien der Garnison noch übertrumpft. Das macht zunächst, daß er nicht so abern aufgebaut ist, wie die Vorläufer sondern der schwächeren Passade viel gefunden ist auf die Schwächen der Menschheit und ihrer Gebürde enthält. Daß zum ersten die Regie von Fred Sauer regt, tempo- und einseitig ist und an übertriebenen filmischen Wirkungen nicht spart. — Und weiter: der ausgezeichnete Heinz Rühmann, der mit gelassener Deutlichkeit durch die Verwicklungen der ereignisreichen Solbataleins tritt; er ist fähig, selbst in eine jungenhafte Aufgabe überzugehen. Seine trockene, satirische Komik, die sich ohne Brüche von selbst einstellt, ist glänzend ausgenutzt. Das Publikum gerät außer Rand und Band vor Lachen. Wenn sie alle so wären, die Militärschwänke, so würde man ihnen ihre Existenz verzeihen.

**X Neuer Arbeitsdienst-Führerlehrgang.** Nach dem der erste Führerlehrgang in Ebersdorf beendet wurde, soll ein zweiter Lehrgang durchgeführt werden. Es sind bereits 40 Teilnehmer hierfür eingetroffen. Für die Ausbildung sind 3 Führer bestimmt.

**+ Zum 1. März 1933 Verbesserung und Verbilligung für Neg- und Bezirkskarten bei der Reichsbahn.** Am 1. März treten die Verbesserungen und Verbilligungen der Neg- und Bezirkskarten bei der Reichsbahn in Kraft. Die Negkarten, die mißverständlicher Weise von einem Monat von jedem Tag an ausgestellt werden können, gelten künftig zur Benutzung von Schnell- und Personenzügen auf etwa 7000 jezt etwa 6000 Kilometer Eisenbahnstrecken. Ueber die Preise gehen die Bahnhöfe nähere Auskunft.

**X Die Fahrpreiserhöhung zum Weich der Leipziger Frühjahrsmesse.** Zur Gleichrichtung des Weichs der vom 5. bis 12. März stattfindenden Leipziger Frühjahrsmesse werden im Reichsbahnverkehr Messe-Rückfahrkarten mit 33 1/3 % Fahrpreiserhöhung ausgesetzt. Nähere Auskunft hierüber erteilen die Bahnhöfe.

**A Zur Wahl am 5. März Ausweise mitbringen!** Auf Verlangen des Wahlvorstandes hat sich der Wähler vor der Stimmabgabe über seine Person auszuweisen. Es wird daher jedem Wähler empfohlen, sich mit einem amtlichen Ausweis zu versehen. Ein besonderes Ausweisungspapier ist nicht vorzulegen. Wer von der Gemeindebehörde eine Benachrichtigungsurkunde über seine Eintragung in die Stimmlisten erhalten hat, zeige diese Karte vor. Wer keine solche Karte besitzt, weise sich durch ein sonstiges Personalausweis, Reisepaß, Steuerkarte usw. aus.

## Aus Stadt und Land

**200 Mark Geldstrafe für Verbreitung unzüchtiger Schriften.** Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte am Mittwoch den Oberleutnant a. D. Semelow wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften zu einer Geldstrafe von 200 Mark bzw. 20 Tagen Gefängnis. Der Angeklagte ist der Chemann der Tänzerin Cilly de Rhein, der vor mehr als zehn Jahren in Berlin als Nadtänzerin mit ihrem eigenen Ballett auftrat.

**Alteisenwerk auf der „Orino“.** In den frühen Morgenstunden gerieten in dem Lageraum des in Hamburger Hafen liegenden Hapagdampfers „Orino“ einige Bismutkisten in Brand, die unter starker Rauchentwicklung schmolzen. Die sofort alarmierte Feuerwehr konnte in kurzer Zeit das Feuer löschen.

**Beifriedensfabrik eingeschmolzen.** In Neutrebbin (Oderbruch) vernichtete ein gewaltiges Feuer die Beifriedensfabrik von Paul Wodrich bis auf einen kleinen Seitenteil vollkommen. Nur dem energischen Eingreifen der Ortsfeuerwehr sowie des Kreisfeuerzuges aus Wriezen ist es zu verdanken, daß das Wohnhaus retten konnte. Das Feuer dehnte sich mit riesiger Schnelligkeit aus, da es an dem großen Vorrat von Beifriedensstoffen reichhaltige Nahrung fand, gleich nach dem Ausbruch des Feuers aus den Fenstern ungeheure Flammen schlugen, so daß an eine Löschung nicht mehr zu denken war. Der Schaden ist außerordentlich groß.

und dürfte 150000 Mark weit übersteigen. Da neben dem Feuerschaden mehrere überaus wertvolle Maschinen mit ein Raub der Flammen wurden. Die Polizei stellte fest, daß die Kesselfeuer ordnungsmäßig gelöscht waren, so daß man Brandstiftung vermutet, zumal das Feuer an einer Stelle ausbrach, wo niemand mit Feuer oder Licht hinkommt.

**Kommunistisch freigelegte Bewachung durch drei Beamte gefährdet.** Der Kommissar kommunalistischer Stadverordneter Walcher, der wegen verschiedener strafbarer Handlungen verurteilt worden war, ist trotz Bewachung durch drei Beamte entflohen. Die drei Beamten sind bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit verurteilt worden. Die Bewachung über die Kommissar Polizei ist dem Siegburger Polizeioberleutnant Osterhage übertragen worden.

**Gefängnis wegen Verbreitung einer kommunalistischen Falschmeldung.** Wegen Verbreitung einer kommunalistischen Falschmeldung, „Müll“ wurde vom Schöffengericht Kempfen der Hilfsarbeiter Haffner zu einer Gefängnisstrafe von dreieinhalb Monaten verurteilt. Nach Urteilserkundung wurde Haftbefehl erlassen.

**Selbstmord eines Gelehrten-Hebephores.** Dieser Tage ist, wie erst jetzt bekannt wird, der Professor für theoretische Physik an der Universität Jena, Hofrat Dr. Auerbach, mit seiner Frau tot aufgefunden worden. Die Ermittlungen ergaben, daß die Eheleute freiwillig aus dem Leben geschieden sind. Anlaß zu diesem Schritt soll Krankheit des Professors gewesen sein.

**Beim Skilaufen tödlich verunglückt.** Beim Skilaufen am Hang des Kleinen Teiches im Riesengebirge stürzte der 22-jährige Dr. Aug. Krause so unglücklich, daß er sich einen schweren Schädelbruch zuzog, der seinen Tod noch auf dem Wege ins Krankenhaus zur Folge hatte. — Dr. Krause war beim Staatlichen Materialprüfungsamt in Berlin-Dahlem beschäftigt und weilte zu Besuch bei seinen Eltern in Wolfshau. Die schwergeprüften Eltern des Verunglückten haben bereits anläßlich des Jüterbogener Eisenbahnunglücks eine Tochter verloren.

**Wissen Sägewerk niedergebrannt.** In Wissen a. d. Sieg ist das gesamte Sägewerk niedergebrannt. Die Gefahr einer Explosion der Kesselanlage ist beseitigt, da es gelang, sämtliche Ventile zu öffnen. Der durch den Brand verursachte Schaden beträgt weit über 100 000 Mark.

**Erdbeben in Mültenberg.** In verschiedenen Teilen Mültenbergs wurde nachts kurz nach 3 Uhr wieder ein stärkeres Erdbeben wahrgenommen. Der Erdstoß war so kräftig, daß die Menschen aus dem Schlaf erwachten und erschrocken auf die Straße eilten. Nach dem amtlichen Bericht der Landesverwaltungsstelle hat das Beben, das als ein Nachbeben der am 21. Februar stattgefundenen Erdbeben anzusehen ist, 3 Uhr 13 Minuten 50 Sekunden gedauert. Die starke Bodenbewegung legte sieben Sekunden später ein. Der Sturz des Bebens ist wiederum in der Südwestrichtung zu suchen. Ueber irgendwelche durch das Beben verursachte Schäden ist noch nichts bekannt geworden.

**Frau mit zwei kleinen Kindern springt in den Rhein.** Eine furchtbare Tragödie spielte sich am Bonner Rheinufer ab. Eine Frau hatte ihre beiden Kinder im Alter von 1 1/2 und 2 1/2 Jahren mit Gurten an ihren Körper festgebunden und suchte so durch einen Sprung in den Rhein ihrem und dem Leben ihrer Kinder ein Ende zu machen. Im letzten Augenblick gelang es, die Frau den Wellen zu entreißen. Die beiden Kinder waren jedoch bereits tot. Die Mutter liegt in beständlichem Zustande im Krankenhaus.

**Vorbereitungen für den italienischen Seehandelsschiff über den Nordatlantik.** Zur Unterstützung des im Sommer geplanten Fluges von 30 italienischen Flugzeugen über den Nordatlantik sind, wie die „Times“ meldet, sechs englische Frachtdampfer von je durchschnittlich 275 Tonnen gechartert worden. Sie werden sich in den Monaten Mai bis Juli in bestimmten Abständen zwischen dem irischen Kanal, Island, Neufundland und der nordamerikanischen Küste aufstellen, um den Fliegern im Notfall Hilfe zu leisten.

**Vulkan Asoja wieder in Tätigkeit.** Der Vulkan Asoja bei Kankamo auf der Insel Kinkajin ist wieder in Tätigkeit getreten. Ein außerordentlich heftiger Ausbruch hat in der Umgebung des Vulkans schweren Schaden angerichtet. Starke Aschenregnen sind in 30 Kilometer Umkreis niedergefallen. Die Bevölkerung ist in großer Panik geschlagen.

## Kleine politische Meldungen

Das Berliner „Uhr-Abendblatt“ ist auf unbestimmte Zeitdauer verboten worden.

Die Gedenkfeier für die Gefallenen des Weltkrieges, die am Volkstrauertag, den 13. März, im Plenarsitzungsaal des Reichstages stattfinden sollte, wird in die Krolloper verlegt.

Auf den österreichischen Bundesbahnen wurde ein zweistündiger Proteststreik durchgeführt. An mehreren Orten wurden die Strecken stillgelegt.

## Gegen Schmutz und Schund

Der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern hat einen Rundschreiben zur Befämpfung anstößiger Auslagen herausgegeben, in dem es u. a. heißt:

Trotz früherer Rundschreiben über die Befämpfung anstößiger Auslagen sind immer noch Kioske, Mietbüchereien, Buchhandlungen und ähnliche Geschäfte vorhanden, die in ihren Auslagen in erheblichem Maße Bücher oder andere Druckschriften zeigen, die sei es durch Beifügung von Nacht-abbildungen, sei es durch die Art der Beteilung oder der Inhaltsangabe bei dem Betrachter erotische Wirkungen auslösen sollen. Zum Teil handelt es sich dabei um Schriften, deren Vertrieb gegen § 184 und 184 a des Strafgesetzbuches verstößt oder die als Schund- und Schmutzschriften im Sinne des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften von 1926 anzupfehlen sind.

Die Auslage derartiger Schriften und Abbildungen bedeutet eine nicht unerhebliche Gefahr für die öffentliche Ordnung, da sie nicht nur geeignet sind, Augenblicke in ihrer sittlichen Entwicklung ernsthaft zu gefährden, sondern zum Teil auch ein Vergrünis für Erwachsene bilden. Diese Auslagen können daher im Interesse der sittlichen Erneuerung des deutschen Volkes nicht länger geduldet werden. Zur Befämpfung der vorhandenen Mißstände wird deshalb folgendes angeordnet:

Die Kioske, Zeitungsstände, Mietbüchereien, Buchhandlungen usw., die Bücher und Schriften der angebotenen Art in ihren Auslagen zeigen, sind auf das schärfste zu überwachen. Werden Schriften, Abbildungen oder Darstellungen geführt, deren Vertrieb gegen das Strafgesetzbuch verstößt, so sind unverzüglich die strafprozessualen Maßnahmen einzuleiten.

Den Inhabern der in Frage kommenden Kioske, Mietbüchereien wird durch eine in nächster Zeit in Kraft tretende Ergänzung zur Reichsgewerbeordnung die Möglichkeit eröffnet werden, den Vertrieb einer Mietbücherei zu unterlegen, wenn in dieser anstößige Schriften usw. geführt werden.

# Die neue Notverordnung

Berlin, 1. März.

Der Reichspräsident hat nach am Dienstagabend die ihm von der Reichsregierung vorgelegte neue Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat unterzeichnet. Die Verordnung gibt dem Reichskabinett weitgehende Vollmachten zur Abwehr staatsgefährdender kommunalistischer Gewaltakte. Die auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung umfaßt sechs Paragraphen und enthält folgende Bestimmungen:

Im § 1 werden die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 133 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsfreies, Eingriffe in Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen, Anordnungen von Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, Beschränkungen des Eigentums zulässig.

Nach § 2 kann die Reichsregierung, wenn eine Landesregierung die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen nicht ergreift, die Befugnisse übernehmen.

Nach § 3 haben die Behörden, die Gemeinden und Gemeindeverbände etwaigen solchen Weisungen der Reichsregierung Folge zu leisten.

§ 4 enthält Strafbestimmungen für den Fall der Zuwiderhandlung oder Aufforderung oder Aufreizung zur Zuwiderhandlung gegen solche Anordnungen, und zwar wird Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat oder Geldstrafe von 150 bis 15 000 RM festgelegt. Wer durch Zuwiderhandlungen Gefahr für ein Menschenleben heraufbeschwört, wird mit Zuchthaus nicht unter sechs Monaten, bei milderen Umständen mit Gefängnis bestraft.

Wenn durch Zuwiderhandlung der Tod verursacht wird, wird mit dem Tode bestraft, bei milderen Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren. Daneben kann Vermögensentziehung eintreten. Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt wird mit Zuchthaus nicht unter drei Monaten bestraft.

Nach Paragraph 5 sind mit dem Tode zu bestrafen die Delikte, die im Strafgesetzbuch festgelegt sind in den Paragraphen 181 (Hochverrat), Paragraph 229 (Hochverrat), Paragraphen 307 (Brandstiftung), Paragraphen 311 (Explosion), Paragraph 312 (Ueberrückwärtigkeit), Paragraphen 315 Abs. 2 (Befähigung von Eisenbahnanlagen), Paragraphen 324 (Gemeingefährliche Vergiftung). Bis her wurden diese Delikte mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

Nach Paragraph 6 wird mit dem Tode oder, soweit nicht schwerere Strafen ohnehin gegeben sind, mit lebenslänglichem oder Zuchthaus bis zu 15 Jahren bestraft: 1. wer den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten versucht oder zur Tötung auffordert oder sich erbietet, ein solches Erbiten annimmt oder mit anderen verabredet; 2. wer in den Fällen des Paragraphen 15 Abs. 2 des Strafgesetzbuches (Schwerer Aufruhr), Paragraphen 125 Abs. 2 (Schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder durch Zusammenwirkung mit Bewaffneten verübt; 3. wer Freiheitsberaubung in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel in politischem Kampfe zu bedienen.

Die Verordnung tritt mit dem 28. Februar in Kraft und wird durch Rundfunk verkündet.

## Der Bericht Görings

Aus Kreisen der Reichsregierung wird nach einmal zusammenfassend über den Bericht, den der Reichskommissar für das preussische Innenministerium, Reichsminister Göring, dem Kabinett gegeben hat, mitgeteilt, das wichtigste an diesem Bericht ist die Tatsache, daß in den Gewölb- und unterirdischen Gängen des Reichstagsgebäudes Material in riesigen Mengen, es handelt sich um mehrere hundert Zentner, beschlagnahmt worden ist.

Dieses Material, das gegenwärtig vom Oberreichsanwalt persönlich durchgearbeitet wird, stellt einen eindeutigen Beweis dar, daß systematische Terrorakte von kommunalistischer Seite vorbereitet worden sind. Angesichts dieser für Volk und Staat ungeheuren Gefahr hat sich die Reichsregierung entschlossen, sofort zu handeln.

Man hat weiter bestimmte Pläne über die Festnahme von Geiseln gefunden. Vor allem handelt es sich dabei um die Frauen und Kinder bestimmter Persönlichkeiten. Ferner befinden sich unter dem Material ganz genaue Angaben über Brandstiftungen in öffentlichen Gebäuden und Lustorten über bestimmte Terrorgruppen, die an bestimmten Plätzen eingekerkert werden sollen und die auch in Uniform von Polizei, SM und Stahlhelm auftreten sollten.

Was die Brandstiftung im Reichstage anbetrifft, so ist einwandfrei der Beweis dafür gefunden worden, daß der frühere Reichstagsabgeordnete Torgler nicht nur mit dem festgenommenen holländischen Kommunisten sondern mit mehreren Brandstiftern einige Stunden im Reichstage zusammengewesen ist. Die Flucht der anderen Brandstifter ist offenbar dadurch zu erklären, daß diese durch die unter dem Reichstagsgebäude befindlichen Gänge für die Heizungsanlagen nach dem Wohngebäude des Reichstagspräsidenten entkommen konnten.

## Hitler an Göring

Dank an Feuerwehr und Polizei.

Berlin, 1. März.

Reichstanzler Adolf Hitler hat an den Kommissar des Reiches für das preussische Innenministerium des Innern, Reichsminister Göring, folgendes Schreiben gerichtet:

„Bei dem ruchlosen Anschlag, der gestern von kommunistischer Verbrechenhand gegen das Gebäude des deutschen Reichstages verübt wurde, haben der rasche Einsatz der Berliner Feuerwehr, die umsichtige Leitung und die aufopfernde Tätigkeit der einzelnen Wehrmänner dazu geführt, daß die drohende Gefahr der völligen Vernichtung des Gebäudes im Laufe weniger Stunden gebannt und das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Nicht minder hat das tatkräftige Eingreifen der Polizei bewirkt, daß sich die Verbrechenhandlung ungehindert vollziehen und die Verfolgung der verbrecherischen Tat erfolgreich aufgenommen wurde. Ich nehme gern Anlaß, allen an dem Rettungswert Beteiligten meinen besonderen Dank und meine warmste Anerkennung auszusprechen.“



# Untersuchung der Brandstiftung

Dringender Tatverdacht gegen die Kommunistenführer  
Torgler und Koenen.

Berlin, 2. März.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Die bis-  
herige amtliche Untersuchung der großen Brandstiftung im  
Gebäude des Deutschen Reichstages hat ergeben, daß allein zur  
Herbeiführung des Zündmaterials mindestens sieben Per-  
sonen notwendig gewesen sind, während die Verteilung der  
Brandherde und ihre gleichzeitige Entzündung in dem rich-  
tigen Hause mindestens zehn Personen erforderlich haben muß.

Ganz zweifellos sind die Brandstifter so vollkommen mit  
allen Einzelheiten des weitläufigen Gebäudes vertraut ge-  
wesen, daß nur ein jahrelanger ungehinderter Verkehr diese  
sichere Kenntnis sämtlicher Räume ergeben haben kann.

Dringender Tatverdacht besteht deshalb gegen die Ab-  
geordneten der Kommunistischen Partei.

Die sich ganz besonders in der letzten Zeit auffallend häufig  
unter den verschiedensten Umständen im Reichstagsge-  
bäude, aus dieser Verurteilung mit dem Reichstagsgebäude  
und der Dienstverteilung der Beamten erklärt sich auch die  
Tatsache, daß vorläufig nur der auf früherer Tat erkappte  
holländische Kommunist verhaftet werden konnte, da er in  
Unkenntnis der Räumlichkeiten nach begangener Tat nicht  
mehr fliehen konnte. Der Verhaftete, der auch in Holland  
als besonders radikal bekannt ist, hat den Verhandlungen  
des kommunistischen Aktionsausschusses ständig beigewohnt  
und durchgesehen, daß er zu der Brandstiftung hinzugezogen  
wurde.

Die Untersuchung hat weiter ergeben, daß drei Augen-  
zeugen einige Stunden vor Ausbruch des Brandes den ver-  
hafteten holländischen Täter in Begleitung der kommunisti-  
schen Reichstagsabgeordneten Torgler und Koenen in den  
Gängen des Reichstages gesehen haben.

Ein Irrtum der Augenzeugen ist bei dem Aussehen des  
Brandstifters unmöglich. Da weiterhin der Abgeordneten-  
eingang des Reichstages um 8 Uhr abends geschlossen wird,  
die kommunistischen Abgeordneten Torgler und Koenen sich  
jedoch gegen einhalb neun Uhr ihre Garderobe in ihre Zim-  
mer bringen ließen und erst gegen zehn Uhr durch ein an-  
deres Portal den Reichstag verließen, besteht gegen diese  
beiden Kommunisten dringender Tatverdacht. In dieser  
Zeit ist nämlich der Brand angelegt worden.

Unrichtig ist das Gerücht, nach dem der Abgeordnete  
Torgler sich der Polizei selbst gestellt haben soll. Er hat  
allerdings durch seinen Rechtsbeistand in dem Augenblick um  
freies Geleit gebeten, als er erkannte, daß ein Entkommen  
unmöglich geworden war. Das freie Geleit wurde abgelehnt  
und der Abgeordnete Torgler verhaftet.

## Rettung in letzter Stunde

Deutschland sollte in das Chaos des Volkseigenismus gestürzt  
werden.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Das  
preussische Ministerium des Innern erklärt zu der Notverordnung  
der Reichsregierung gegen die kommunistische Gefahr  
vom 28. Februar, daß in ihr verübte Verbrechen unter

besonders schwere Strafen geteilt seien aus Gründen der  
voll erzielten großen und akuten Gefahr und einer  
menschlichen und sorgfältig vorbereiteten Systems  
kommunistischen Terrors.

Deutschland sollte in das Chaos des Volkseigenismus ge-  
stürzt werden. Mordanschläge gegen einzelne Führer des  
Volkes und Staates, öffentliche gegen lebenswichtige Betrie-  
be und öffentliche Gebäude, Vergiftung ganzer Gruppen  
Frauen und Kindern hervorragender Männer sollten  
und Entsetzen über das Volk bringen und jeden Widerstand  
wollen des Bürgerturns lähmen.

Der Kommissar des Reiches für das preussische Mi-  
nisterium des Innern, Reichsminister Göring, wird in aller  
Eile der Öffentlichkeit die Dokumente vor-  
legen, die die Notwendigkeit aller getroffenen Maß-  
nahmen belegen.

## Helfer des Brandstifters?

Zwei Verhaftungen in Linz.

Ein. a. D., 2. März.

Von der österreichischen Bundespolizei sind hier  
Russen angehalten worden, die aus Deutschland kamen,  
sie zur Zeit des Brandes des Reichstagsgebäudes verurteilt  
in Berlin weilten, werden sie gegenwärtig einer eingehenden  
Vernehmung unterzogen, damit festgestellt werden kann,  
sie mit der Brandlegung im Reichstagsgebäude in irgend  
einem Zusammenhang stehen.

## Spangenberg Lichtspiele

Sonnabend u. Sonntag abends 8<sup>11</sup> Uhr

Das große Tonfilmprogramm

HEINZ RÜHMANN



## Gaigenhumor

Nach einer Idee von Karl Nofi.

Pingu. Pong als Lebensretter.

Streifzüge durch das Stodertal

Zwiebeln, Meerrettich, Schwarzwurzel,  
Blumenkohl, Tomaten, Sellerie, Rot-  
kraut, Karotten, Weißkraut, Wirsing,  
Hausmacher- Sauerkraut, Gewürz  
Gurken off. preiswert  
S. Mohr.

## Kern- u. Feinseifen

empfiehlt billigt

Karl Bender.

## Benders Kaffee

wohlschmeckend

und frisch.

## Prachtvoller

## Blumenkohl

Kopf 38 u. 32 Pfg.

Wirsing	Pfd. 10 Pfg.
Weißkraut	Pfd. 8 "
Rotkraut	Pfd. 10 "
Schwarzwurzel	Pfd. 28 "

Süße saftige Apfelsinen	Stk. 6 "
Doppelblut Apfelsinen	Pfd. 28 "
Tafel-Apfel	Pfd. 25 "
Schöne Citronen	10 Stk. 45 "
Prachtvolles Mischobst	Pfd. 48 Pfg.
Back-Pflaumen	Pfd. 28 "
Aprikosen	Pfd. 88 "

Syrup	Pfd. 28 "
Vierfr. Marmelade	Pfd. 45 "
Apfel-Gelee	Pfd. 50 "
Pflaumen-Mus	Pfd. 45 "

## Hess. Lebensmittelhaus.

Inh. Siebenhausen & Delsenroth.

Spa genberg

Markt

Ia. getr. Pflaumen, Mischobst,  
Apfeling, Apfelsinen blond u.  
blut, Blumenkohl schöne Köpfe,  
Rosentohl, Weiß- u. Rotkraut,  
Wirsing, Sellerie, Meerrettich

Karl Bender.

## KAUFEN SIE

sämtliche KLEINEISENWAREN von A-Z wie:

Anwärfe  
Händer  
Chubbvorhangschlösser  
Drahtspanner  
Einlecken  
Fallen  
Garlengeräte  
Hämmer  
Jählecken  
Kaffemöhlen  
Löffel  
Mauerkellen  
Nadeln  
Ofenrohring  
Pfannen  
Quasten  
Riegel  
Schaukeln  
Türriegel  
Unterlegscheiben  
Vogelrollen  
Werkzeuge  
X-Hacken  
Zangen  
u. s. w.

NUR BEI

GEORG KLEIN, EISENWAREN  
SPANGENBERG

Sie genießen billige Preise

Zaffa Apfelsinen,  
Blut Apfelsinen,  
Vollsaftige Apfelsinen,  
Citronen  
S. Mohr.

## Chorverein

"Liebetränken"

Donnerstag Abend

1/2 9 Uhr

Gesangsstunde

im „Grünen Baum“

Der Vorstand

Freiwillige  
Sanitätskolonne

Nächster Kursabend  
Freitag, den 10. 3. 1933  
9 Uhr Ratstiller  
Das Kommando.

Getr. Pflaumen, getr. Aprikosen,  
getr. Ringäpfel, getr. Birnen,  
getr. Mischobst  
S. Mohr.

Wahlen zum Reichstag u. Landtag am  
5. März 1933.

Am Sonntag, den 5. März d. J. finden die Wahlen  
zum Reichstag und zum Landtag statt. Die Stadt  
Spangenberg bildet einen Abstimmungs- bzw. Wahlbezirk.  
Die Abstimmung zum Reichstag und die Wahl des Land-  
tags finden gleichzeitig für die Stimm- bzw. Wahlberech-  
tigten der Stadt mit  
Anfangsbuchstaben

M-2 im Sitzungszimmer des Rathaus  
M-3 im Saale des Gasthauses zum  
Goldenen Löwen  
in der Zeit von 9-18 Uhr statt.

Wahlberechtigt sind alle Reichsdeutschen, die am Wahl-  
tag 20 Jahre alt und in der Stimmliste eingetragen  
oder sich im Besitze eines Stimmscheines befinden. Die Stimms-  
zettel sind amtlich hergestellt und werden am Wahltag im  
Wahlraum für beide Wahlen getrennt bereitgehalten. En-  
thalten alle zug. lassenen Kreiswahllooschläge und zwar  
sind angegeben die Partei und die ersten vier Bewerber.  
Gewählt wird in der Weise, daß der Wähler bei der  
Stimmabgabe durch ein Kreuz oder ein Unterzeichnen  
oder in sonst erkennbarer Weise den Kreiswahllooschlag  
bezeichnet, dem er seine Stimme geben will. Wahlzettel,  
die dieser Bestimmung nicht entsprechen, sind ungültig.

Zur schnelleren und reibungslosen Abwicklung des  
Wahlgeschäftes ist es unbedingt erforderlich, daß die Wahl-  
ausweise dem Wahlvorstand vorgelegt werden. Die Wahl-  
weise haben auch Gültigkeit für die Wahlen am 12. März  
1933. Sie sind deshalb sorgfältig aufzubewahren.

Spangenberg, den 28. 2. 1933.

Der Bürgermeister, Stein.

Verbot des Ausschanks von Branntwein und  
des Kleinhandels mit Trinkbranntwein für  
Sonnabend, den 4., Sonntag, den 5., Sonna-  
abend, den 11. und Sonntag, den 12. März 1933.

Auf Grund der Verordnung des Kommissars des  
Reiches vom 17. Februar 1933 (R. G. S. S. 29) ist  
der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit  
Trinkbranntwein für Sonnabend, den 4., Sonntag, den 5.,  
Sonnabend, den 11. und Sonntag, den 12. März verboten.  
Zurückhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu  
150 RM. bestraft.

Spangenberg, den 28. Februar 1933

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde, Stein.

Inserieren bringt Gewinn.